

Sozialer Wohnungsbau mit Doppelhaushälften – neues Quartier an der Berliner Straße soll es möglich machen

Wohnen in einer Doppelhaushälfte, dazu noch ein kleiner Garten: Das Ganze dank öffentlicher Förderung zu Mietpreisen, wie sie im sozialen Wohnungsbau üblich sind. Das wollen die beiden Marler Unternehmer Hubert Schulte-Kemper und Frank Wieschollek auf dem Gelände der ehemaligen Heideschule und einem großen Grundstück auf der anderen Seite der Berliner Straße realisieren.



Die ehemalige Heideschule in Weddinghofen soll abgerissen werden und einem Wohngebiet weichen.

Genauer gesagt soll es dort einen Mix aus Stadtvillen, Bungalows und Eigentumswohnungen geben, die zum Kauf angeboten werden, und eben

diese Doppelhaushälften zur Miete. Die werden für etwa 5,50 Euro pro Quadratmeter angeboten, erklärte Schulte-Kemper am Mittwoch im Stadtentwicklungsausschuss. Die Wohnfläche ist etwas mehr als 100 Quadratmeter groß. Einziehen könnten beispielsweise auch Familien mit vier Kindern und einem Jahreseinkommen von 70.000 Euro.

Ein Ziel der städtischen Planungen für diesen Bereich ist es, dort ein Miteinander von mehreren Generationen zu ermöglichen. Darunter versteht Schulte-Kemper nicht nur die bekannten Mehrgenerationenhäuser, als Alt und Jung unter einem Dach. „In einer der Doppelhäuser können die jungen Familien einziehen, während die Eltern in einem der Bungalows wohnen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Fakt AG.

Hubert Schulte-Kemper hatte übrigens im Vorfeld alle Bürgermeister im Ruhrgebiet angeschrieben, um sie von seinem Plan begeistern, öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht in großen Häusern, sondern in Doppelhaushälften zu betreiben. In Bergkamen stieß er offensichtlich auf offene Ohren, auch bei fast allen Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses.

Joachim Wehmann (Bündnis 90/Die Grünen) fragte nach der Ausrichtung der Dächer, die so die Installation von Solar- und Photovoltaikanlagen ermöglichen sollen. Frank Wieschollek, dessen Wieko GmbH als Generalunternehmer die Pläne der Fakt AG umsetzen soll, betonte, dass die Voraussetzungen für diese Anlagen bei den Häusern gegeben seien.

Lediglich Werner Engelhardt (Fraktion BergAUF) lehnte das Projekt ganz ab. Er sagte, dass die teilweise landwirtschaftlich genutzte Freifläche nach Überzeugung seiner Fraktion erhalten bleiben sollte. Offensichtlich befürchtet er im Gegensatz zu den anderen Fraktionen ein Überangebot in Bergkamen. Konkret fragte er nach einem Wohnungsbaukonzept für die Stadt. Erster Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters wies darauf hin, dass die Lage auf dem Wohnungsmarkt vor einigen Jahren im Rahmen der Aufstellung des aktuellen Flächennutzungsplans untersucht worden sei.

Mit einer Gegenstimme hatte schließlich der Ausschuss die Verwaltung

ermächtigt, ermächtigt die Verhandlungen zum städtebaulichen Vertrag und Grundstückskaufvertrag mit dem Investor weiterzuführen. Die Verträge werden dann später durch den Rat genehmigt.